



### Presseschau vom 04.06.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### abends/nachts:

#### armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 03.06.2019**

Die ukrainische Führung unterlässt die Versuche, die Lage im Vorfeld der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk zu destabilisieren, nicht. Sie beschießt weiter die Mitarbeiter der Wasiljewker Pumpstation und der Donezker Filterstation.

Heute um 9:20 Uhr haben Kämpfer der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij zielgerichtet mit Antipanzerlenkraketen einen Bus mit einer Arbeitsschicht der **Donezker Filterstation** beschossen, der zu diesem Zeitpunkt auf der Straße N-20 von der DFS nach Jasinowataja fuhr. Dank der sachkundigen Handlungen des Busfahrers konnte eine Tragödie vermieden werden.

Danach beschossen die BFU mit 120- und 82mm-Mörsern das Gebiet der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke. Während der ganzen Zeit befand sich das Personal im Schutzraum, Opfer konnten vermieden werden.

Außerdem **behindern die bewaffneten Formationen der Ukraine weiter die Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung in Spartak**. Trotz eines zuvor vereinbarten Regimes der Ruhe haben die BFU das Feuer mit Granatwerfern auf das Gebiet, wo die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten in der Ortschaft stattfanden, mit Granatwerfern geschossen.

So betreibt eine verbrecherische Gruppe aus der 93. Brigade unter Leitung von Bryshinskij unter Nutzung der Duldung durch den Kommandeur der OOS Sysrskij zielgerichteten Beschuss von lebenswichtigen Objekten der Republik und bringt auch deren Arbeiter in Lebensgefahr.

Allein in der letzten Woche wurden vier Beschießungen der Wasiljewker Pumpstation festgestellt, das Personal war gezwungen, notfallmäßig die Arbeitsplätze zu verlassen, um ihr Leben zu retten.

Lug-info.com: Die erneute Benennung des Ex-Präsidenten der Ukraine Leonid Kutschma als Vertreter Kiews in der Kontaktgruppe wird nichts am Prozess der Regelung im Donbass ändern, solange Kiew keinen Fortschritt bei den Minsker Verhandlungen erreichen will, erklärte heute der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen, der Außenminister der LVR Wladislaw Dejnogo.

Heute verkündete der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij die Ernennung Kutschmas. Der zweite Präsident der Ukraine leitete die Delegation der Ukraine bei den Minsker Verhandlungen 2014-2018. Im Herbst 2018 erklärte Kutschma, dass er die Kontaktgruppe verlässt, danach wurde der ehemalige Premierminister und ehemalige Verteidigungsminister der Ukraine Jewgenij Martschuk Vertreter Kiews. Nach dem Sieg Selenskis bei den Präsidentschaftswahlen erklärten Martschuk sowie die Vertreterin Kiews in der humanitären Untergruppe Irina Geraschtschenko ihren Rücktritt.

„Bisher zeugt die allgemeine Rhetorik der Ukraine klar vom Fehlen des Wunsches, bei den Minsker Verhandlungen einen Fortschritt zu erzielen, deshalb denke ich, dass die Ernennung Kutschmas hier nichts ändern wird, solange sich die Position der Ukraine nicht ändert“, unterstrich Dejnogo.

„Bezüglich der Erklärungen, dass irgendwelche Vorschläge eingereicht wurden: bei uns sind von niemandem Vorschläge eingetroffen“, sagte Dejnogo.

#### **vormittags:**

de.sputniknews.com: **USA wollen Weltordnung nach „Dschungelgesetz“ schaffen – Lawrow**

Die USA versuchen die Weltordnung nach dem „Dschungelgesetz“ zu schaffen. Dies schrieb Russlands Außenminister Sergej Lawrow im Artikel „Über den Siegestag“, der in der Zeitschrift „Meschdunarodnja Schisnj“ (zu dt.; „Internationales Leben“) am Dienstag veröffentlicht wurde.

Heute wollen westliche Politiker und „Propagandisten“ die Menschen zwingen, an Gerechtigkeit der Weltordnung zu zweifeln, die von der UN-Charta nach den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs festgelegt worden sei, so Lawrow.

„Man nahm den Kurs auf die Unterminierung des bestehenden völkerrechtlichen Systems, seinen Wechsel auf eine ‚Ordnung, die auf Regeln beruht‘. Diese Ordnung will man denn nach Prinzip schaffen: ‚Wer stärker ist, der hat Recht‘, also nach dem ‚Gesetz der Dschungels‘“, so der russische Außenminister.

Dies gehe vor allem die USA an, die dazu beitragen würden, ein militaristisches Russland darzustellen. Der große Teil der amerikanischen Geschichte sei ein Beispiel für endlose Eroberungskriege.

„Der Interventionismus ist zu einem Bestandteil der Außenpolitik Washingtons geworden“, so Lawrow.

„Die politische Elite der USA nimmt den Gewalteininsatz als einziges Element der ‚Zwangspolitik‘ wahr, das einen breiten Kreis von Aufgaben, darunter auch von den innenpolitischen, lösen soll“, erläuterte der Politiker. Lawrow führte Beispiele der Umsetzung solcher Stereotypen unter unterschiedlichen „passenden Vorwänden“ an: in Grenada 1983, in Panama 1989, in Jugoslawien 1999 und im Irak 2003.

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen sechsmal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der Republik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung (GZKK) mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Frunse, Nowoalexandrowka und Golubowskoje**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Selenski will Strategie zur „Krim-Rückgabe“ mit Nato und EU besprechen**

Der frisch vereidigte ukrainische Präsident Wladimir Selenski will laut seiner Sprecherin Julia Mendel eine Strategie zur „Rückgabe“ der Schwarzmeer-Halbinsel Krim an die Ukraine mit EU- und Nato-Beamten erörtern.

„Die Administration will transparent sein. Ich möchte dennoch nicht von irgendwelchen Gerüchten oder Entscheidungen reden, die sehr empfindlich sein können, bevor diese Entscheidung getroffen wird“, sagte Mendel gegenüber dem ukrainischen Fernsehsender „1+1“.

Ihr zufolge hat sich die Position der ukrainischen Seite in Bezug auf die Zugehörigkeit der Halbinsel nicht geändert.

Selenski reist am Dienstag zu einem Besuch nach Brüssel. Dies wird seine erste Reise ins Ausland als Staatschef sein.

Bei der Stichwahl im April erhielt der ehemalige Schauspieler und Komiker Wladimir Selenski 73 Prozent der Stimmen und besiegte damit den bis dahin amtierenden ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, der mit nur 25 Prozent deutlich unterlag.

Die Wiedervereinigung der Krim mit Russland erfolgte nach einem Referendum im März 2014. Bei dem Volksentscheid hatten 96,77 Prozent der Bürger der Republik Krim und 95,6 Prozent der Einwohner von Sewastopol für den Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt. Die Ukraine betrachtet die Krim weiterhin als „zeitweilig okkupiertes Territorium“. Den Worten des russischen Präsidenten Wladimir Putin zufolge „ist die Frage der Krim endgültig abgeschlossen“.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31997/97/319979796.jpg>

**Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 3. Juni 3:00 Uhr bis 4. Juni 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 23.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Isotow-Bergwerks, Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Michajlowka, Schirokaja Balka), Alexandrowka, Mineralnoje, Spartak, Jasinowataja, Wasiljewka, Donezker Flughafen, Krutaja Balka.**

Darüber hinaus haben die BFU gestern einen **Bus mit einer Arbeitsschicht der Donezker Filterstation** mit Mörsern des Kalibers 120 bzw. 82mm beschossen sowie das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke.

Außerdem haben die BFU das Feuer mit Granatwerfern auf den Bereich eröffnet, in dem in Spartak Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten stattfanden.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 579.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 214.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Handelskrieg mit USA: Chinas Firmen erwägen Umzug nach Russland**

Vor dem Hintergrund des Handelskrieges mit den USA untersuchen chinesische Klein- und Mittelunternehmen die Möglichkeit, ihre Produktionsstätten nach Russland zu verlegen. Das teilte He Zhenwei, Chef der chinesischen Assoziation für Unternehmensentwicklung im Ausland (CODA), im Vorfeld des Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums mit. Laut He Zhenwei basiere der Handel zwischen den USA und China überwiegend auf der Kooperation zwischen klein- und mittelständischen Unternehmen. Doch diese würden derzeit auf Schwierigkeiten stoßen, da die USA die Zölle auf 25 Prozent angehoben haben. Der Warenhandel mit Russland falle dagegen hauptsächlich auf Großunternehmen. Unter den aktuellen Bedingungen sollen kleine und mittelständische Firmen sich um ihre Existenz kümmern und nach Wegen in Russland suchen.

„Wir könnten die Produktion nach Russland verschieben. Von dort aus könnten die Waren sowohl in die USA als auch nach Europa verkauft werden“, sagte He Zhenwei.

Anfang Juli hatten die USA Zölle in Höhe von 25 Prozent auf chinesische Importe im Wert von 34 Milliarden US-Dollar in Kraft gesetzt. Betroffen waren 818 Produkte. Peking reagierte mit Vergeltungszöllen im gleichen Umfang. Im August verhängte Trump neue Strafzölle auf Waren aus China im Wert von rund 16 Milliarden US-Dollar, China reagierte wieder mit entsprechenden Maßnahmen.

Seitdem überziehen sich die beiden Großmächte mit Straf- und Vergeltungszöllen.

Als Hauptargument für seinen Handelskrieg nutzt Trump die negative Handelsbilanz der USA, die für 2017 ein offizielles Defizit von 566 Milliarden Dollar aufwies.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Heute um 7:40 Uhr haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Feuer aus Richtung Peski auf den nordwestlichen Rand von Donezk, den Stadtteil **Oktjabrskij**, mit 82mm-Mörsern beschossen. Bisher wurden 9 Mörsergeschosse abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde die **Kuppel einer Moschee** in der Marschall-Schukow-Straße 1a beschädigt. Zum Zeitpunkt des Beschusses befanden sich aus Anlass des muslimischen Feiertags des Ramadanfestes, einem der wichtigsten Feiertage, Gläubige zu einem Gottesdienst in der Moschee. Die Menschen waren gezwungen, im Keller Schutz zu suchen. Wir rufen die ukrainische Seite auf, den Beschuss von Wohngebieten einzustellen und ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung zu erfüllen.

de.sputniknews.com: „Keinen Schritt zurück“: Erdogan bekräftigt russischen S-400-Deal  
Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat am Dienstag erneut bekräftigt, dass sein Land nicht auf den Erwerb der russischen Fla-Raketenkomplexe S-400 verzichten werde. „Es kann keine Rede davon sein, dass wir in Bezug auf S-400 einen Schritt rückwärts machen werden. Wir haben einen Deal, den wir erfüllen“, zitierte die Agentur Anadolu den türkischen Staatschef.

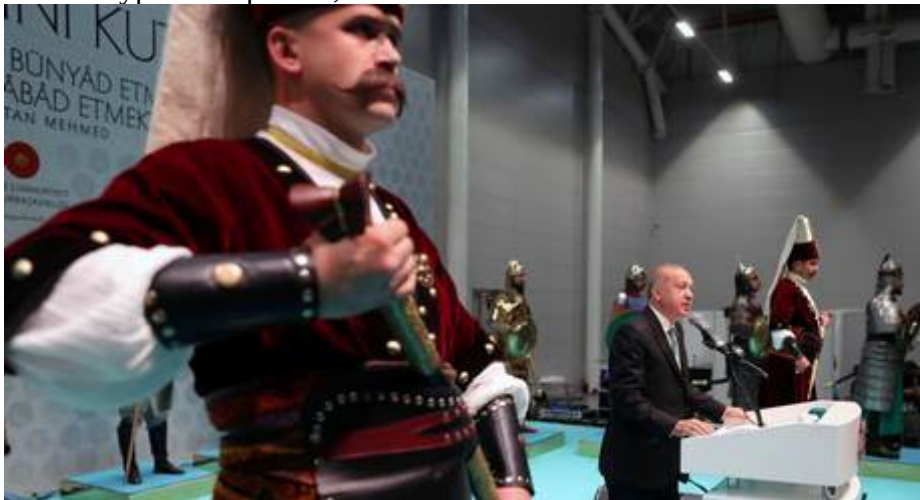
Laut Erdogan ist die Türkei auch bereit, US-amerikanische Flugabwehrraketen-Systeme „Patriot“ zu kaufen, wenn die USA dasselbe günstige Angebot wie Russland machen würden. „Bisher haben wir dennoch einen solchen Vorschlag nicht erhalten“, fügte der Staatschef hinzu.

Zuvor hatte die Türkei schon auf dem Erwerb von russischen S-400-Systemen bestanden und bekannt gegeben, dass die ersten Lieferungen schon im Juli das Land erreichen sollen.

Die Vereinigten Staaten warnen davor, dass die S-400-Komplexe mit den Nato-Standards nicht vereinbar seien und drohen Ankara mit Sanktionen. Washington drohte zudem damit, den Verkauf von neuen F-35-Kampffjets an die Türkei abzusagen.

Die Türkei ist eines der Mitglieder des internationalen US-Programms zur Entwicklung des neuesten F-35-Jagdbombers.

Das S-400-System (Nato-Code „SA-21 Growler“) ist mit einer Reichweite von 400 Kilometern gegen alle Typen von Flugzeugen – über Drohnen bis zu Marschflugkörpern – wirksam und kann auch taktische Raketen abfangen. Selbst Tarnkappenflugzeuge („Stealth“) haben keine Chance. Nach bisherigen Angaben kann jedes System gleichzeitig 36 Ziele in bis zu 27 Kilometern Höhe mit insgesamt 72 Raketen beschießen. Das System ist mit vier Raketentypen kompatibel, die sich in Gewicht und Reichweite unterscheiden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32514/34/325143464.jpg>

Dan-news.info: „Gestern gab es im Gebiet der Siedlung an der Eisenbahnstation „Donezk-Sewernyj“ in der Nähe von Jasinowataja in der Priwoxalnaja-Straße einen Geschosstreffer auf ein zweistöckiges, nicht in Betrieb befindliches Gebäude eines Eisenbahndepots“, teilte das Zivilschutzministerium der DVR mit. „Dabei entstand ein Brand, durch den Gegenstände auf einer Fläche von 16 Quadratmetern vernichtet wurden.“

Der Brand wurde gelöscht. Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK war vor Ort.

de.sputniknews.com: **USA stellen EU hartes Ultimatum**

Die Vereinigten Staaten haben die neuen europäischen Normen im Bereich der Informationssicherheit endgültig abgelehnt. Laut Michael Murphy, einem Vertreter des Weißen Hauses, behindert die neue Regelung die bilaterale Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU im Bereich Verteidigungspolitik.

Wie das spanische Blatt El Pais am Montag berichtete, hat Michael Murphy, der Mitarbeiter des Weißen Hauses, der für die Verhandlungen mit EU im Bereich Sicherheitspolitik verantwortlich ist, bei einem Treffen EU-Vertreter, die neuen Rechtsnormen des EU-Verteidigungsfonds und mit den Projekten der Organisation der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) heftig kritisiert. Das Treffen soll dabei laut „El Pais“ in Washington bei einer Konferenz zur Lage im Bereich Politik und Sicherheit bereits am 22. Mai stattgefunden haben. „Wenn eine Krise kommt und eure Verteidigungspolitik untergräbt, werden eure Einwohner sich nicht mit der Tatsache zufrieden stellen, dass alle gekauften Waffen aus Europa kommen“, habe er damals erklärt.

Er brachte zum Ausdruck, dass die Vereinigten Staaten mit den neuen Rechtsnormen des EU-Verteidigungsfonds und mit den Projekten der Organisation der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) unzufrieden sind. Zuvor hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, die Investitionen in die Sicherheit im EU-Haushaltszeitraum von 2021 bis 2027 um 40 Prozent zu erhöhen und einen Europäischen Verteidigungsfonds (European Defense Fund) einzurichten.

Michael Murphy betonte, dass sowohl die neue Regelung für Informations- und Technologieaustausch als auch die Exportkontrolle in der EU die US-Teilnahmeberechtigung in den Sicherheitsabkommen begrenzt, so die El Pais.

Wenn die EU die besagten Änderungen durchsetze, werde sie sich vor die Wahl stellen müssen: Entweder allein die Verteidigung der EU-Grenzen zu gewährleisten oder auch weiterhin auf die Hilfe der Alliierten zählen.

Außerdem verwies der Vertreter des Weißen Haus darauf, dass Russland eine gemeinsame Grenze mit einigen europäischen Länder besitze und somit eine Sicherheitsgefahr darstelle, schreibt El Pais.

Michael Murphy warnt die europäischen Diplomaten auch davor, dass „jede bedeutende Krise in Europa zu einer entsprechenden Antwort von den USA, Kanada, Großbritannien und Norwegen“ führe. Diese Hilfe könnte es aber bald nicht mehr geben, wenn die europäischen und amerikanischen Sicherheitskräfte wegen der neuen EU-Politik „zusammen nicht arbeiten können“, berichtet El Pais. Im Falle des Falles werde die Waffentechnik der Armeen nämlich nicht mehr kompatibel sein und „und sie werden nicht mehr zusammen kämpfen können“, teilte Michael Murphy mit.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32368/18/323681805.jpg>

Dan-news.info: „Gestern um 20:10 Uhr wurde durch Feuer seitens der BFU die Stromversorgung von zwei Siedlung bei Gorlowka unterbrochen“, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit. „Störungsbrigaden des republikanischen Unternehmens ‚Regionale Energielieferungsgesellschaft‘ hat operativ mit Reparaturarbeiten begonnen, um 21:28 Uhr am selben Tag waren die Schäden an der Stromleitung beseitigt und Oserjanowka wieder mit Strom versorgt“.

Derzeit laufen noch die Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung Batmanowka, das auch unter Beschuss der BFU geriet.

#### de.sputniknews.com: **China warnt vor Reisen in die USA**

Einen Tag nach der Warnung vor einem Studium in den USA hat Chinas Kultur- und Tourismusministerium auch eine Reisewarnung für die USA ausgesprochen. Dies meldet die Nachrichtenagentur Xinhua.

Chinesische Touristen werden laut der Mitteilung auf die Gefahren von Waffengewalt, Raub und andere Bedrohungen in den Vereinigten Staaten hingewiesen.

Chinesische Bürger in den USA sollten aus diesem Grund die Vorkehrungen für ihre Sicherheit erhöhen.

Am Montag hatte das chinesische Bildungsministerium Mitbürger vor einem Studium in den USA gewarnt. Wie aus einer Erklärung folgt, sollten Studenten vor einem solchen Schritt Risiken besser abschätzen und entsprechende Vorsichtsmaßnahmen treffen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31620/07/316200789.jpg>

**nachmittags:**

de.sputniknews.com: **Bulgarischer Politiker nennt US-amerikanische F-16-Jäger „teuerste Staubsauger“**

Der Vorsitzende der Partei „Alternative für bulgarische Wiedergeburt“ (ABV), Rumen Petkov, hat in einem Gespräch mit dem Fernsehsender „Kanal 3“ die Verhandlungen über die Lieferung von US-amerikanischen Jagdflugzeugen F-16 an Bulgarien kommentiert.

Ihm zufolge zeigen die USA kein kameradschaftliches Verhalten gegenüber Bulgarien und versuchen, dem Land den „teuersten Staubsauger“ zu verkaufen.

„Wie ich verstehe, kann man kaum von Kameraden reden, wenn versucht wird, dir den teuersten Staubsauger unter dem Deckmantel von F-16 zu verkaufen“, sagte der Politiker.

Ihm zufolge wird der Erwerb von US-Jagdflugzeugen Bulgarien „nicht viel bringen“.

Schon im April hatte Petkov die Entscheidung der Regierung heftig kritisiert, US-amerikanische Kampffjets zu kaufen.

„Bulgarien wird mit diesen Jagdflugzeugen niemanden einschüchtern können, sondern lediglich die US-Wirtschaft mit zwei Milliarden Dollar stützen“, sagte er.

Zuvor hatte Bulgariens Präsident Rumen Radew erklärt, dass der Preis für die Maschinen deutlich über der Summe liegen werde, mit der das Land gerechnet habe. Den Beschluss über den Kauf von Flugzeugen bezeichnete er als einen „Triumph des Lobbyismus“.

Am Dienstag hatte die Agentur für Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung und Sicherheit des Pentagons (DSCA) mitgeteilt, die USA hätten einen möglichen Verkauf von F-16-Kampffjets im Wert von circa 1,7 Milliarden US-Dollar (zirka 1,5 Milliarden Euro) an Bulgarien genehmigt.

Dieser Verkauf werde unter anderem zu den Möglichkeiten Bulgariens, seinen Luftraum zu verteidigen, zur regionalen Sicherheit und der Interoperabilität mit den USA und der Nato beitragen, heißt es.

Genehmigt wurde demnach der Verkauf von acht Flugzeugen vom Typ F-16 und der entsprechenden Ausstattung. Die Genehmigung des Deals durch die US-Behörden bedeute aber nicht, dass dieser unbedingt umgesetzt werde. Die bulgarische Regierung und der Hersteller Lockheed Martin führen derzeit Medienberichten zufolge entsprechende Verhandlungen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32118/46/321184638.jpg>

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 04.06.2019**

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 23-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von elf**



Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 53. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Poljakow **Michajlowka, Schirokaja Balka** und die **Siedlungen des Isotow- und des Gagarin-Bergwerks** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer aus der 24., 93. und 57. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Guds, Bryshinskij und Mischantschuk **Alexandrowka, Mineralnoje, Spartak, Wasiljewka, Krutaja Balka** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit Antipanzerlenkraketen, Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner 82 Mörsergeschosse, davon 39 des Kalibers 120mm, auf das Territorium unserer Republik abgefeuert.

Alle Fälle des Beschusses von Ortschaften sind dokumentiert die Materialien wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die ukrainischen Kriegsverbrecher übergeben.

Die letzten 24 Stunden waren von weiteren schamlosen Verbrechen der BFU gegen friedliche Bürger der Republik gekennzeichnet. Heute Morgen haben Kämpfer aus der Bande der 57. Brigade, die einen Befehl des Anführers Mischantschuk ausführten, die **Moschee „Achatj Dshami“** im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk in der Marschall-Shukow-Straße 1a mit 82mm-Mörsern beschossen. Wir merken an, dass die Zeit Beschusses nicht zufällig gewählt war. Heute begehen die Muslims der ganzen Welt den hohen religiösen Feiertag des Ramadanfestes, und die ukrainischen Banditen, die das sehr gut wussten und auch, dass mehr als 500 Gläubige in der Moschee sein würden, führten einen hinterhältigen Beschuss durch. Zum Glück konnten Opfer vermieden werden.

So werden die ukrainischen bewaffneten Formationen in ihrem Bestreben, die Bevölkerung des Donbass zu vernichten, weder von der Einhaltung moralisch-ethischer noch religiöser Prinzipien aufgehalten. Die Fälle von Verbrechen der BFU gegen Zivilisten stellt auch die OSZE-Mission in ihren offiziellen Berichten fest. Die von uns veröffentlichte Informationen über die Zahl der Opfer unter den Einwohnern der Republik, darunter auch Kindern, werden von Mitarbeitern der Mission, die persönlich Bürger getroffen haben, die infolge von Beschuss von der ukrainischen Seite verletzt wurden, bestätigt.

Diese Erfassung von Verbrechen, die von den ukrainischen Truppen begangen werden, ruft beim ukrainischen Militärkommando „Kopfschmerzen“ hervor, und **um die Arbeit der Mitarbeiter der OSZE-Mission zu behindern**, hat der Kommandeur der OOS Sysrskij den Befehl erteilt, die Arbeit von mobilen Gruppen der elektronischen Kriegführung zu aktivieren, die die Aufgabe haben die **GPS-Signale von OSZE-Drohnen zu unterdrücken** sowie den Zugang von Patrouillen der Mission in die Gebiete, wo schwere Waffen konzentriert sind, zu beschränken.

**Die vielversprechende Losung W. Selenskis „Zu jedem Preis das Feuer im Donbass einstellen!“ ist nur ein „Kniff“** des populistischen Wahlkampfes und der Inaugurationsrede des neugewählten ukrainischen Präsidenten.

In den ersten Tagen der Präsidentschaft hat Selenskij das Parlament aufgelöst und vorzeitige Wahlen zur Obersten Rada angesetzt, eine strafrechtliche Sachbearbeitung in Bezug auf Poroschenko und die ehemalige Regierung organisiert, die „nötigen“ Personen auf die staatlichen Schlüsselposten ernannt, den USA und dem Westen die Unveränderlichkeit des von Kiew eingeschlagenen Kurses auf Eintritt in NATO und EU versichert, ist selbst in der OOS-Zone gewesen, aber sein Versprechen, den Bürgerkrieg in der Ukraine zu beenden, will Präsident Selenski nicht erfüllen!

Allem Anschein nach hat Wladimir Alexandrowitsch keine derartigen Vollmachten und ein Befehl „von oben“ ist nicht eingegangen. Die amerikanischen Kuratoren und westlichen

Partner haben die Verpflichtung des Präsidenten der Ukraine, das Feuer im Donbass einzustellen, nicht bestätigt! **Den Sponsoren Selenskis ist eine Fortsetzung des Krieges von Nutzen** und das heißt, dass das neue Staatsoberhaupt der „unabhängigen Ukraine“ wie das vorhergehende, der nächste Schwätzer ist, der nicht fähig ist, Verantwortung für seine Worte zu übernehmen und die dem Volk gegebenen Versprechen zu erfüllen.

de.sputniknews.com: **Minsk kommentiert geplante Stärkung der US-Militärpräsenz an seiner Grenze**

Weißrussland geht laut seinem Außenminister Wladimir Makej gegen eine Stärkung der US-Militärpräsenz an seiner Grenze vor, weil dies das Kräftegleichgewicht in der Region stören würde.

„Wir glauben, dass die Pläne zur Stärkung der US-Militärpräsenz in den Nachbarländern, insbesondere in Polen, zutiefst falsch sind“, so der weißrussische Außenminister.

Für eine Zunahme der US-Militärpräsenz sehe Minsk keinen Grund:

„Wir verstehen ehrlich gesagt nicht ihr Ziel, worum es überhaupt dabei geht. Um eine Bedrohung abzuwehren? Aber es ist doch undenkbar, dass jemand es im 21. Jahrhundert bei dem gegenwärtigen Niveau des in der Region akkumulierten Waffenpotenzials wagen würde, einen direkten militärischen Zusammenstoß zu provozieren“, unterstrich Makej.

Ende Mai hatten Moskau und Minsk die westlichen Partner dazu aufgerufen, das Prinzip der gleichen und unteilbaren Sicherheit sowie die diesbezüglich übernommenen Verpflichtungen einzuhalten.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32514/52/325145290.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponko**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **sechsmal das Regime der Feueinstellung** mit den von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen verletzt.

In **Richtung Debalzewo** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade des Kriegsverbrechers Garas die Ortschaft **Kalinowo** mit 82mm-Mörsern beschossen.

In **Richtung Popasnaja** wurden auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade des Kriegsverbrechers Majstrenko **Nowoalexandrowka** und **Kalinowo** mit Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** wurden auf Befehls des Kommandeurs der 10.

Gebirgsturbrigade des Kriegsverbrechers Subanitsch **Golubowskoje** und **Frunse** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Die Fälle von Beschuss von Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien werden den Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der

Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte übergeben.

**Der neugewählte Präsident der Ukraine W. Selenski erfüllt seine Verpflichtung zur Feuereinstellung im Donbass nicht.** Im Gegenteil, **seit seinem Amtsantritt** und dem Wechsel der Führung der ukrainischen Streitkräfte ist eine **Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie** zu beobachten. Es ist die zielgerichtete Eröffnung des Feuers auf Ortschaften zu bemerken, darunter leidet die Zivilbevölkerung des Republik.

Allein **in der letzten Woche wurden zwei zivile Einwohner unserer Republik** infolge von zynischem Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **verletzt**, sieben Wohnhäuser wurden beschädigt.

**Das Kommando der Besatzungskräfte der Ukraine konzentriert weiter Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie.** In Alexandrowka wurde in der Nähe von Wohnhäusern die Stationierung von zwei Schützenpanzern und drei 100mm-Antipanzergeschützen MT-12 „Rapira“ festgestellt und in Smoljaninowo die von zwei Antipanzerenkraketenkomplexen.

Wir schließen nicht aus, dass diese Technik von der 10. Brigade zum Beschuss von Ortschaften unserer Republik verwendet werden wird. Auf solch zynische Weise verstecken sich die ukrainischen Verbrecher hinter der örtlichen Bevölkerung und bringen sie in Lebensgefahr.

Wir rufen die Einwohner der von der Ukraine besetzten Territorien des Donbass auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Stationierung von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Wohnhäusern und Objekten der zivilen Infrastruktur zu verhindern und sich mit allen Fällen von Verletzung ihrer Rechte und Freiheiten an die Vertreter der OSZE-Mission zu wenden.

Die **Veröffentlichung der Informationen über den Handel mit Waffen und Munition** in der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte hat eine **unmittelbare Reaktion des kommandierenden Personals der ukrainischen Armee** provoziert. Nach Informationen unserer Aufklärung sind nach der Erklärung zu und der Veröffentlichung des Videos über das Geschäft mit den ukrainischen Soldaten im Verantwortungsbereich der 10.

Gebirgss Sturmbrigade Mitarbeiter der militärischen Gegenaufklärung des SBU eingetroffen, um die gesetzwidrige Ausfuhr von Waffen und Munition zu verhindern.

de.sputniknews.com: **Arbeitsgruppe für S-400: Kreml-Sprecher schätzt Pläne von Trump und Erdogan ein**

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat sich zu Plänen der USA und der Türkei, eine Arbeitsgruppe für die russischen S-400-Luftabwehrsysteme zu bilden, geäußert.

Auf die Frage eines Journalisten, ob Ankara Moskau über die Bildung einer solchen Struktur informiert habe, antwortete Peskow wie folgt:

„Die Türkei braucht uns nicht zu benachrichtigen. Das ist nicht unsere Sache.“

Ferner erläuterte er: „Unser Ding sowie das Ding unserer türkischen Kollegen ist es, das Abkommen über die Lieferung von S-400 an die Türkei zu erfüllen, das sich in der Umsetzungsphase befindet.“

„Die Türkei kann dies mit jeglichen Drittländern besprechen“, fügte Peskow hinzu.

Zuvor hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seinem amerikanischen Amtskollegen Donald Trump in einem Telefonat die Bildung einer Arbeitsgruppe angeboten, um Washingtons Sorgen abzubauen, dass die russischen S-400-Systeme die Verwundbarkeiten der modernsten Tarnkappenflugzeuge F-35 entlarven könnten. Am Freitag soll Trump laut der Nachrichtenagentur Bloomberg zufolge diesem Vorschlag zugestimmt haben, obwohl der US-Staatschef sich sicher sei, dass die Arbeitsgruppe zu demselben Schluss kommen werde, dass die S-400-Komplexe die F-35-Kampffjets gefährden würden.

Die Türkei besteht aber auf dem Erwerb und hat bereits bekannt gegeben, dass die ersten S-

400-Systeme schon im Juli geliefert werden sollen.

Die Vereinigten Staaten warnen, dass die S-400-Komplexe mit den Nato-Standards nicht vereinbar seien, und drohen Ankara mit Sanktionen. Washington drohte zudem damit, den Verkauf von neuen F-35-Kampffjets an die Türkei abzusagen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31869/77/318697763.jpg>

**Dnr-online.ru: Gratulation des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin zum Ramadanfest**  
Von ganzem Herzen gratuliere ich den Muslimen der Donezker Volksrepublik zum hohen Feiertag, dem Ramadanfest!

Es ist traurig, dass dieser Tag heute durch einen hinterhältigen Beschuss von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen verdunkelt wurde. Dies ist ein unmenschliches Verbrechen – es wurde eine Moschee beschossen, die während des Gottesdienstes voller Menschen war!

Die ukrainischen Truppen haben ein weiteres Mal gezeigt, dass es für sie nichts Heiliges gibt, aber ich bin überzeugt, dass die höhere Gerechtigkeit siegen wird und alle Verbrechen, die Tod, Leiden und Gesetzlosigkeit in unser Land bringen, eine gerechte Vergeltung erhalten werden!

Ich gratuliere den Muslimen zu diesem sehr bedeutsamen Tag. Auf dass in Ihren Häusern nur Harmonie, Wohlstand und Wohlergehen herrschen möge! Glück und Gesundheit für Sie und Ihre Freunde! Und – Frieden!

Denis Puschilin, Oberhaupt der Donezker Volksrepublik

**de.sputniknews.com: Sputnik-Redaktion muss wegen Bombendrohung evakuiert werden – Alarm nicht bestätigt**

Die Sputnik-Redaktion musste am Dienstagnachmittag wegen einer Bombendrohung evakuiert werden. Mitarbeiter mussten zügig die Räumlichkeiten verlassen. Die Drohung hat sich allerdings nicht bestätigt.

Am Dienstagnachmittag ist im Gebäude in Moskau, in dem auch die Sputnik-Redaktion ihren Sitz hat, eine Bombendrohung eingegangen.

Es wurde erklärt, dass sich im Gebäude ein Sprengsatz befinde.

Daraufhin mussten Sputnik-Mitarbeiter zügig die Redaktion verlassen und eine Überprüfung des Gebäudes abwarten.

Glücklicherweise stellte sich diese Meldung als ein Falschalarm heraus.

Sicherheitskräfte mit Sprengstoff-Suchhunden haben das Gebäude abgesucht und die gemeldeten Sprengsätze nicht gefunden.

Derweil wurde bekannt, dass über 200 öffentliche Einrichtungen ähnliche Bombendrohungen erhalten haben.

„Unbekannte haben per E-Mail-Kettenbrief Sprengsätze in über 200 öffentlichen

Einrichtungen in verschiedenen Teilen Moskaus gemeldet. Die Meldungen werden überprüft“, erklärte hierzu eine über den Ablauf des Einsatzes informierte Quelle.

Unklar bleibt, wer für den Anruf verantwortlich ist. Zuletzt hatte es in Russland eine Welle von Bombendrohungen gegen öffentliche Einrichtungen gegeben, die alle per Telefon eingingen und sich immer als Falschalarm herausstellten.

Finanzielle Verluste durch diesen „Telefon-Terrorismus“ gehen in Millionenhöhe.

Dan-news.info: „Wir planen uns in der allernächsten Zeit, direkt nach den Feiertagen, die drei Tage dauern, zu versammeln. Wir werden auf jeden Fall ein Schreiben erstellen und es an internationale Organisationen schicken, darunter auch Rechtsschutzorganisationen, um auf die Regierung der Ukraine im Zusammenhang mit dem Beschuss der Moschee aufmerksam zu machen, damit die Kiewer Regierung endlich aufhört, friedliche Einwohner zu beschießen“, erklärte auf einer Pressekonferenz der Vorsitzende der muslimischen Gemeinschaft in Donezk Raschid Bragin. Er erklärte, dass die Geschosse regelmäßig alle drei Minuten detonierten, dass schließt einen zufälligen Treffer aus, es war ein zielgerichteter Beschuss.

„Vor kurzer Zeit hat Selenski sich mit Führern religiöser Gemeinschaften getroffen und alle hofften, dass dies ein Schritt zum Frieden wäre, das ist aber nicht so. Heute geschah ein Terrorakt, die, dies das taten, sind Terroristen. Sie wussten sehr gut, dass dort Kinder und Frauen sind, dass dort Menschen sind. Ihr Ziel ist es, Menschen zu töten. In meinem Herzen ist nur Empörung“, sagte der Donezker Fernsehjournalist Raschit Schemachmetjew (bekannt unter seinem Pseudonym Raschit Romanow).

Der Imam der Donezker Moschee Ruschan Tairow unterstützte ihn und lud alle, die dies möchten, zu einem Festgebet ein, das morgen um 9 Uhr im Stadtteil Textilschtschik stattfinden wird.

Auf der Pressekonferenz waren auch der Vorsitzende der muslimischen Gemeinschaft von Makejewka Wachit Agitschew und die Vertreterin der muslimischen Gemeinschaft von Gorlowka Adija Kudrjakowa anwesend.

de.sputniknews.com: **Kims „verbannte“ Schwester tritt plötzlich öffentlich auf**

Die jüngste Schwester des nordkoreanischen Staatschefs Kim Jong-un, die laut südkoreanischen Medien wegen des Scheiterns des Atomgipfels mit US-Präsidenten Donald Trump „verbannt“ wurde, ist erstmals seit fast zwei Monaten wieder öffentlich aufgetreten. Wie die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA am Dienstag berichtet, wohnte Kim Yo-jong der Eröffnung von Massenspielen in Pjöngjang gemeinsam mit ihrem Bruder und dessen Frau bei.

Wie die südkoreanische Zeitung „The Chosun Ilbo“ zuvor berichtet hatte, soll Kims Schwester unter Hausarrest gestellt worden sein, nachdem der Atomgipfel im vietnamesischen Hanoi im Februar dieses Jahres gescheitert war.

Am 3. Juni besuchte Kim eine andere öffentliche Veranstaltung gemeinsam mit Kim Yong-chol, seinem engen Berater, der für die Verhandlungen mit den USA zuständig ist. Erst vergangene Woche hatte „The Chosun Ilbo“ berichtet, Kim Yong-chol soll wegen des misslungenen Gipfels mit Trump zu Zwangsarbeiten verurteilt worden sein. Am 31. Mai teilte dieselbe Zeitung mit, dass insgesamt fünf hochrangige Diplomaten, die das Treffen Trump-Kim vorbereiteten, angeblich hingerichtet worden seien.

Der zweite Gipfel zwischen US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un hatte vom 27. bis 28. Februar in Hanoi stattgefunden. Dabei wurden keinerlei Dokumente unterzeichnet. Wie Trump auf der anschließenden Pressekonferenz sagte, hätten die Differenzen mit Nordkorea nicht die Aufhebung der Sanktionen betroffen, sondern Pjöngjang sei in „einer anderen Sphäre“ keine Zugeständnisse eingegangen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32514/65/325146520.jpg>

**abends:**

**de.sputniknews.com: 320 Milliarden Euro: Athen fordert Berlin zu Verhandlungen über Reparationen auf**

Griechenland hat Deutschland mit einer sogenannten diplomatischen Verbalnote zu Verhandlungen über Reparationen wegen Kriegsschäden vom Ersten und Zweiten Weltkrieg aufgefordert. Die Verbalnote wurde am Dienstag im Außenministerium vom griechischen Botschafter überreicht.

Athen hatte die Verbalnote bereits Ende April angekündigt, wie die Deutsche Presse-Agentur berichtet. Damals hatte das Parlament die Regierung von Premier Alexis Tsipras damit beauftragt, Reparationen von Deutschland zu fordern. Tsipras hatte erklärt, nach dem Ende der Hilfsprogramme für das pleitebedrohte Land sei dafür nun der richtige Augenblick. Es sei ihm wichtig, mit Deutschland auf Augenhöhe und freundschaftlich zusammenzukommen. Vor drei Jahren hatte eine griechische Expertenkommission Zahlungen in Höhe von bis zu 309,5 Milliarden Euro für den Zweiten und etwa 9,2 Milliarden Euro für den Ersten Weltkrieg errechnet.

Laut Zahlen der Pariser Konferenz von 1946 sind in Griechenland während des Zweiten Weltkriegs 558 000 Menschen getötet worden und 880 000 durch Verletzungen arbeitsunfähig geworden. Deutschland sieht das Thema jedoch als erledigt an; die Regierung in Berlin stützt sich dabei auf den 1990 zur Wiedervereinigung unterzeichneten Zwei-plus-Vier-Vertrag. Die Frage nach Reparationen sei juristisch wie politisch abschließend geregelt, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert im April anlässlich des griechischen Parlamentsbeschlusses. Juristen und Historiker jedoch sind sich uneins über das Anrecht der Griechen auf Reparationen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32514/76/325147615.jpg>

### de.sputniknews.com: „Terroranschlag gegen Muslime“: Ukrainisches Militär beschießt Moschee in Donezk

Die ukrainische Armee hat am Dienstagmorgen die Moschee in Donezk, wo nach dem Ende des heiligen Monats Ramadan das Fest des Fastenbrechens - Urasa Bairam – gefeiert wurde, unter Beschuss genommen. Das erfuhrt Sputnik von der Volksmiliz der selbsterklärten Volksrepublik Donezk.

„Die bewaffneten Formationen der Ukraine haben etwa um 7.30 Uhr das Feuer gegen den Norden von Donezk eröffnet. Die Moschee geriet unter Beschuss. Nach vorläufigen Angaben wurde aus Granatwerfern geschossen. Auf dem Moschee-Gelände gibt es Einschläge“, teilte ein Sprecher der Volksmiliz mit.

In der Moschee, in der zu diesem Zeitpunkt das muslimische Großfest Urasa Bairam begonnen hatte, hätten sich Menschen befunden, so der Sprecher. Nach vorläufigen Angaben sei niemand verletzt worden.

Wie der Vorsitzende der muslimischen Gemeinde von Donezk, Raschid Bragin, bei einem Briefing sagte, sei der Feuerangriff auf die Moschee während der Feier zielgerichtet gewesen. Bragin präzisierte, dass sich zum Zeitpunkt des Angriffs auf dem Moschee-Gelände rund 70 Menschen aufgehalten hätten.

Ihm zufolge wurde der erste Schlag um 7.15 Uhr und der zweite um 7.20 Uhr geführt. „Wir hatten den Eindruck, dass das Feuer gelenkt wurde. Das war ein gezielter Feuerangriff, der auf die Moschee gerichtet war“, sagte Bragin. Dies sei „ein Terroranschlag gegen Muslime während ihres religiösen Festes“ gewesen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32514/82/325148294.jpg>

de.sputniknews.com: **„Keine Wahl“: Trump drängt Nato-Partner zu höheren Rüstungsausgaben**

Der US-Präsident Donald Trump hat erklärt, dass die Nato-Länder „keine andere Wahl“ haben, als ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen.

„Wir erwarten, dass eine wachsende Zahl der Nato-Länder die Forderungen hinsichtlich des BIP einhalten wird. Sie müssen die Verpflichtungen erfüllen, sie haben keine Wahl“, sagte Trump bei einer Pressekonferenz mit der britischen Premierministerin Theresa May.

Die Länder der Allianz haben sich verpflichtet, ihre Ausgaben für die Verteidigung bis auf zwei Prozent des BIP zu erhöhen. Einen Löwenanteil des Nato-Budgets machen die US-Ausgaben aus, und Trump hat die Verbündeten mehrmals dafür kritisiert.

de.sputniknews.com: **USA verschärfen Sanktionen gegen Kuba - auch Bildungsbereich betroffen**

Die USA haben ihre Sanktionen gegen Kuba verschärft, indem sie Gruppenreisen und den Export von Fahrzeugen und Flugzeugen verboten haben. Dies meldete das Office of Foreign Assets Control (OFAC).

Unter anderem werden ab 5. Juni sogenannte Gruppen-Bildungsreisen verboten. Darüber hinaus werden die PKWs sowie private und korporative Flugzeuge von der Warenliste gestrichen, für welche Exportlizenzen erteilt wurden. Lizenzen wird man nach wie vor bei den US-Behörden beantragen können, allerdings wird die Präsomption der Verweigerung dafür gelten.

Laut dem US-Finanzminister Steven Mnuchin spielt Kuba auch weiterhin eine destabilisierende Rolle in der westlichen Erdhalbkugel, indem das Land eine Plattform in der Region für den Kommunismus zur Verfügung stelle und die US-Gegner in solchen Ländern wie Venezuela und Nikaragua unterstütze.

„Die Administration hat die strategische Entscheidung getroffen, die Lockerung von Sanktionen und anderen Einschränkungen hinsichtlich des kubanischen Regimes zurückzuspielen“, so Mnuchin.

de.sputniknews.com: **Selenski will nun doch mit Russland verhandeln**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hat erklärt, dass Kiew bereit sei, Verhandlungen mit Russland zu führen und die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen, doch zuerst müsse die Ukraine stärker werden und gewährleisten, sich verteidigen zu können.

„Wir sind bereit, Verhandlungen mit Russland zu führen, wir sind bereit, die Minsker Abkommen zu realisieren. Aber vor allem müssen wir imstande sein, uns zu schützen, im wirtschaftlichen, politischen und militärischen Sinne stärker zu werden“, erklärte er nach dem Treffen mit dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Dienstag in Brüssel.

Nach seiner Vereidigung hatte Selenski angekündigt, die Ukrainer in einem Referendum über Gespräche mit Russland entscheiden zu lassen. Wenige Tage später lehnte er diese Möglichkeit wieder ab.

Die Beziehungen zwischen Kiew und Moskau sind nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland und nach Beginn der ukrainischen Militäroperation gegen die abtrünnigen Kohlebergbauregionen Donezk und Lugansk (beide im Donezk-Becken, Donbass) vor mehr als fünf Jahren am Tiefpunkt. Auslöser der Ereignisse auf der Krim und im Donbass war ein nationalistischer Umsturz in Kiew im Februar 2014.

Die Regierung in Kiew macht Russland für die Kämpfe im Donbass, die bereits mehr als 13.000 Menschenleben gefordert haben, verantwortlich und hat sämtliche Wirtschaftsbeziehungen zum östlichen Nachbarn abgebrochen. Moskau weist jede Verwicklung zurück.





<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32514/89/325148918.jpg>

de.sputniknews.com: **Selenski zu Juncker: „Ich bin besser als Poroschenko“**

Er sei besser als sein Vorgänger Petro Poroschenko, sagte der neue ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj (Wladimir Selenski) am Dienstag in Brüssel bei einem Treffen mit EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker. Zuvor drückten die beiden Politiker einander die Hand – vor dem Hintergrund der Flaggen der Ukraine und der EU.

Auf Selenskyjs Frage, ob Juncker den abgewählten Präsidenten Poroschenko vermisse, sagte dieser lächelnd, er habe jetzt einen neuen. Darauf sagte Selenskyj auf Englisch:

„Ich bin besser. Der neue ist immer besser als der alte.“

Selenskyj hält sich seit Dienstag in der belgischen Hauptstadt zu einem Treffen mit führenden Repräsentanten der Nato und der Europäischen Union auf. Er wolle bei seinen Gesprächen mit ranghohen europäischen Politikern allen voran das Thema der weiteren Druckausübung auf Russland ansprechen, sagte der Präsident.